

1 **Kommunalwahlprogramm:**

2 **„Zukunft des ländlichen Raumes“**

3

4 **1. Präambel**

5

6 Mit diesem Programm werben wir um alle liberal denkenden Menschen.  
7 Menschen, deren Grundwerte persönliche Freiheit, Toleranz und gesellschaftlicher  
8 Ausgleich sind.

9

10 Die FDP stellt die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger vor staatliche  
11 Lenkung. Die FDP baut auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger,  
12 ohne den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Die FDP tritt ein für  
13 Bürgerrechte, Bildung und soziale Marktwirtschaft in einer lebenswerten Umwelt:

14

15 Wir sind die Partei, die offensiv die Zukunftsaufgaben im Kreis Euskirchen  
16 angeht.

17

18 Aus unserer Sicht muss für die Gestaltung der Zukunft des ländlichen Raumes  
19 ein Bündel von Einzelmaßnahmen koordiniert und umgesetzt werden:

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44  
45

## **2. Bildung, Jugend, Familie und Inklusion**

46 Wir werden in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien  
47 investieren. Trotz schwieriger Haushaltslage wollen wir in den kommenden  
48 Jahren mehr kommunale Mittel zukunftsorientiert für junge Menschen  
49 aufwenden. Denn Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für ein  
50 selbstbestimmtes Leben und für die Sicherung des eigenen  
51 Lebensunterhalts.

52 Liberale setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht jedem  
53 Menschen offen steht und Nachteile eines bildungsfernen Elternhauses  
54 ausgeglichen werden. Als eine Partei, die mehr Verantwortung für das  
55 eigene Leben erwartet als andere Parteien, ist es Ziel unserer Politik, die  
56 Befähigung zu einem eigenverantwortlichen Leben der Kinder und  
57 Jugendlichen zu fördern und mehr Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.

58 Die passgenaue Förderung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen  
59 Kindes ist unser Ziel. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache in  
60 Wort und Schrift die Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und  
61 damit Grundstein unseres Bildungskonzepts.

62 Die FDP lehnt den ideologisch geführten Streit um das dreigliedrige  
63 Schulsystem auf der einen Seite und der Einheits- oder Gesamtschule auf  
64 der anderen Seite ab. Dieser Streit geht zu Lasten unserer Kinder.  
65 Gymnasien dürfen bei Lehrerstellen, Klassengrößen und Ausbau des  
66 Ganztagesangebotes gegenüber anderen Schulen nicht benachteiligt  
67 werden. Für uns ist entscheidend, dass die Qualität des Unterrichts und  
68 das Lernklima der Schule stimmen.

69 Die FDP wird ein Garant für Träger- und Angebotsvielfalt in unserem Kreis  
70 sein, damit Eltern das Angebot auswählen können, das für ihr Kind das  
71 Beste ist. Bei der Schaffung neuer Angebote haben für die FDP  
72 Elterninitiativen und andere freie Träger die gleiche Wertigkeit.

73 Alle Bürgerinnen und Bürger mit oder ohne Behinderung sollen  
74 gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Menschen  
75 mit Behinderungen sollen selbstverständlicher Teil in der Mitte der  
76 Gesellschaft sein. Doch Barrierefreiheit betrifft nicht nur strukturelle  
77 Maßnahmen: Auch die Barrieren in den Köpfen müssen abgebaut werden.

78 Dies beginnt schon im frühkindlichen Alter. Hier sind wir bereits auf einem  
79 guten Weg. In vielen KiTas ist die Inklusion selbstverständlich geworden.

80 Bei der schulischen Inklusion warten jedoch große Herausforderungen.  
81 Umso verantwortungsloser ist es, dass die rot-grüne Landesregierung hier  
82 keine Qualitätsstandards setzt und die Kommunen im Stich lässt, obwohl  
83 inklusiver Unterricht ohne entsprechende Mittel vor Ort nicht umgesetzt  
84 werden kann. Wir setzen hierbei mehr auf Qualität statt auf Tempo.  
85 Schulen, Lehrerinnen und Lehrer müssen optimal vorbereitet werden, um  
86 Kinder mit und ohne Förderbedarf bestmöglich zu fördern.

87 Wir stehen gegen Bevormundung: Um Wahlmöglichkeiten für Eltern zu  
88 sichern, wollen wir ein Angebot qualifizierter Förderschulen der  
89 unterschiedlichsten Förderschwerpunkte in erreichbarer Nähe erhalten.  
90 Hier findet ein engagierter, spezialisierter Unterricht mit einem Höchstmaß  
91 an individueller Förderung statt. Für uns ist entscheidend, dass bei der  
92 Umsetzung der Inklusion kein Kind zurückgelassen wird.

93 Dafür setzen wir uns ein:

- 94 • Wir unterstützen die Entwicklung eines langfristigen Konzeptes zur  
95 sonderpädagogischen Förderung im Kreis, das qualitativ  
96 hochwertige inklusive Bildung sichert.
- 97 • Hierbei ist ein erreichbares Förderschulangebot mit  
98 unterschiedlichen Förderschwerpunkten zu sichern. Die derzeit  
99 diskutierte Schließung von Förderschulen auf dem Land lehnen wir  
100 ab.
- 101 • Statt vorschnell Schulen zu schließen, wollen wir einen Masterplan  
102 für die Schulentwicklung, der langfristig die Angebotsvielfalt in der  
103 ländlichen Region, auch vernetzt mit anderen Kommunen, enthält.
- 104 • Für die Förderung hochbegabter junger Menschen setzen wir uns  
105 für die Schaffung eines Hoch-Begabten-Zentrums im Kreis  
106 Euskirchen ein.
- 107 • Die berufliche Weiterbildung ist für uns eine wichtige Säule des  
108 lebenslangen Lernens. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit  
109 zwischen Berufskollegs und Fachhochschulen aus unserer Region  
110 weiter vertieft wird und setzen uns für einen Ausbau unserer

- 111 Berufskollegs ein, die auch wichtige Standortfaktoren für den Kreis  
112 sind.
- 113 • Wir wollen alles ermöglichen, was Jugendlichen mit beruflichen  
114 Startschwierigkeiten hilft. Der Dreiklang aus „bildungslos, joblos,  
115 chancenlos“ muss durchbrochen werden.
  - 116 • Für alle Bildungseinrichtungen im Kreis wollen wir optimale  
117 Rahmenbedingungen schaffen und den Kontakt zwischen  
118 Unternehmen, Kultur und Wissenschaft ausbauen.
  - 119 • Wir werden aktiv daran arbeiten, dass in unserem Kreis die  
120 Rahmenbedingungen für die Ansiedlung einer Fachhochschule und  
121 einer Meisterschule geschaffen werden.
  - 122 • Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, soll diesen erhalten.  
123 Betreuungsmodelle und Öffnungszeiten müssen für berufstätige  
124 Eltern geeignet sein. Die Steigerung der Qualität der angebotenen  
125 Betreuung hat für die FDP dabei oberste Priorität. Langfristig will die  
126 FDP alle Bildungsangebote im vorschulischen Bereich beitragsfrei  
127 anbieten. Gegenwärtig haben allerdings für uns Ausbau der Plätze  
128 und höhere Qualität des Bildungsangebotes Vorrang. Erst wenn  
129 jedes Kind einen Platz hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen  
130 wir schrittweise die Beiträge senken und schließlich ganz  
131 abschaffen.
  - 132 • Wir setzen uns verstärkt für mehr Ganztagsangebote an allen  
133 Schulen ein. Eine einseitige Bevorzugung einer Schulform beim  
134 Ausbau der Ganztagsbetreuung lehnen wir ab.
  - 135 • Die FDP setzt sich für den Erhalt und die Entwicklung  
136 bedarfsgerechter Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit  
137 der Verbände und „Offenen Türen“ ein. Neben den  
138 Betreuungseinrichtungen bieten sie pädagogisch sinnvolle  
139 Freizeitangebote an und leisten insbesondere in Orten mit erhöhtem  
140 Entwicklungsbedarf unverzichtbare Beiträge zur Integration.
- 141  
142  
143  
144  
145

### **3. Haushalt, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Verwaltung**

Die langfristige Handlungsfähigkeit unserer Kommunen ist davon abhängig, dass die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden. Nur wenn wir aus den Schulden herauskommen, können die Mittel, die gegenwärtig für Zinsen und Tilgungen von Altschulden aufgewendet werden, effizienter dort eingesetzt werden, wo sie für eine nachhaltige Entwicklung vonnöten sind, beispielsweise für Jugend, Familie und Bildung. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

Unsere Aussagen zur Haushaltspolitik:

- Der Kreis Euskirchen darf nicht weiter auf Rechnung der Kommunen freiwillige Ausgaben beschließen, die die Städte und Gemeinden über die Kreisumlage zu finanzieren haben. In den letzten fünf Jahren hat der Kreis zusätzliche € 13.000.000,-- an freiwilligen Ausgaben beschlossen, die die Städte und Gemeinden zum Teil zwar für wünschenswert, aber für nicht unbedingt notwendig und nicht bezahlbar erachteten.
- Wir wollen sämtliche Ausgaben in Gemeinschaft mit den Städten und Gemeinden auf ihre Notwendigkeit und Bezahlbarkeit überprüfen und den Standard von gesetzlichen Pflichtaufgaben einer ernsthaften Überprüfung auf Einsparpotenzial unterziehen.
- Ursächlich für die missliche Finanzausstattung ist aber auch, dass Land und Bund ihre Haushalte dadurch sanieren, dass sie Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne die finanzielle Grundausstattung zur Wahrung dieser Aufgaben bereitzustellen. Gerade die rot-grüne Landesregierung hat den Kommunen besonders viele Aufgaben übertragen. Die hierdurch verursachten Sozialleistungen engen den Spielraum der Kommunen immer weiter ein. Wir fordern die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips, wonach Aufgaben nur dann weitergegeben werden dürfen, wenn die dafür erforderliche Finanzausstattung bereitgestellt wird.
- Wir sehen in der Zusammenarbeit verschiedener Kommunen auf diversen Aufgabengebieten mit wechselseitiger Aufgabenübertragung weiterhin viel Spielraum, Kosten zu senken. Starres Denken in Kreis- und Gemeindegrenzen lehnen wir ab.

183            Begonnene Kooperationen wie zum Beispiel zwischen den  
184            Gemeinden Hellenthal, Kall und der Stadt Schleiden sollen erweitert  
185            werden.

186            • Manche Aufgaben des Kreises können auch auf die Kommunen  
187            übertragen werden oder von privaten Anbietern angeboten werden.  
188            Vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus eines Kreisbauhofes  
189            fordern wir die Überprüfung hinsichtlich der Möglichkeiten einer  
190            solchen Aufgabenübertragung. Wir glauben, dass hier  
191            Effektivitätspotenzial vorhanden ist.

192            • Steuererhöhungen sind – im Gegensatz zu allen anderen Parteien -  
193            für uns grundsätzlich das letzte Mittel, um die Handlungsfähigkeit  
194            unserer Kommune zu sichern. Nur durch Stärkung von  
195            Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit entwickeln sich  
196            Investitionen, entstehen Arbeitsplätze und können nachhaltig  
197            Einnahmen generiert werden.

198            • Die Zwangsumlage („Kommunal-Soli“) der rot-grünen  
199            Landesregierung lehnt die FDP entschieden ab. Denn mit dieser  
200            Zwangsabgabe sollen Kommunen, die solide gewirtschaftet haben,  
201            die desolante Schuldenpolitik anderer Kommunen bezahlen. Dies ist  
202            eine falsch verstandene Solidarität und schafft verkehrte Anreize.  
203            Die FDP will überschuldeten Kommunen helfen. Deswegen haben wir  
204            im Landtag dem Stärkungspaket „Stadtfinanzen“ zugestimmt.

205            • Der Solidarpakt Ost ist nicht mehr zeitgemäß. Die FDP tritt dafür  
206            ein, dass die Unterstützung der Kommunen nicht weiter nach der  
207            Himmelsrichtung erfolgen darf. Entscheidend ist allein der Bedarf.

208  
209            Zur Haushaltskonsolidierung zählen neben einem sparsamen und auf das  
210            notwendige reduzierte Ausgabenverhalten aber auch eine funktionierende  
211            Wirtschaft, die Arbeitsplätze und damit die Voraussetzung für  
212            selbstbestimmtes Leben der Menschen in der Region schafft. Die Zukunft  
213            der Region hängt entscheidend von ihrer Wirtschaftskraft und der Zahl und  
214            der Art ihrer Arbeitsplätze ab. Wir stehen dabei für eine umsichtige und  
215            aktive Wirtschaftsförderung. Denn wir sind der Partner kleiner und  
216            mittelständischer Betriebe, die Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze schaffen  
217            und damit die Voraussetzungen bieten, dass der Region der hier  
218            erarbeitete Wohlstand auch zukünftig erhalten bleibt.

219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246  
247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254

Einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftsförderung sehen wir im Tourismus. Hier sollte insbesondere der für die Region so wichtige Tagestourismus eine übergeordnete Rolle spielen.

Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass

- die öffentlichen Förderprogramme auch denjenigen Gemeinden zugänglich gemacht werden können, die bislang aus haushaltstechnischen Gründen ihren häufig notwendigen Ko-Finanzierungsanteil nicht aufbringen konnten. Allerdings wollen wir auch keinen Freibrief für überschuldete Kommunen. Hier müssen neue Wege gegangen werden, die eine Förderung von Konsolidierungsbemühungen abhängig macht.
- die Auflagen für unsere Regionalbanken überprüft werden, damit die Kreditvergabe an die kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum entbürokratisiert werden.
- die bürokratischen Hemmnisse, die zum Beispiel kleine Handwerksbetriebe bei der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu überwinden haben, deutlich reduziert werden.
- die EU-Förderung für den Bereich des Tourismus entgegen den bisherigen Planungen erhalten bleibt und neben Infrastrukturprojekten zukünftig auch gezielt die Vermarktung von touristischen Produkten gefördert wird.
- der (Tages)-tourismus durch verbesserte Freizeiteinrichtungen und attraktive Einkaufsorte und Öffnungszeiten gestärkt wird.

Damit Fachkräfte in die Region kommen beziehungsweise hier gehalten werden, ist aber auch die Schaffung zusätzlicher Anreize außerhalb des direkten beruflichen Umfeldes notwendig, zum Beispiel:

- ein interessantes Weiterbildungsangebot,
- ein attraktives Umfeld,
- hohe Lebensqualität, die mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einhergeht,
- ein abwechslungsreiches Freizeit- und Kulturangebot,

- 255
- eine gute Verkehrsanbindung an die Städte um die ländliche
- 256
- Region und
- 257
- eine bessere Eingliederungshilfe für Fachkräfte aus anderen
- 258
- Regionen und Ländern.

259

260 Die FDP setzt sich auch für eine bürgerorientierte Verwaltung ein. Kurze  
261 Entscheidungswege sparen Zeit, Geld und Nerven. Verwaltungsmitarbeiter  
262 sollen pragmatisch und bürgerfreundlich handeln dürfen. Hemmende  
263 Vorschriften müssen abgebaut werden. Die Öffnung der Verwaltung  
264 gegenüber den Bürgern führt zu mehr Transparenz und Akzeptanz. Uns  
265 ist wichtig, dass sich die Bürger einbringen und wir gemeinsam an der  
266 Entwicklung unseres Gemeinwesens wirken.

267

268 Dafür schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

269

- Zusammenlegung ausgesuchter Aufgaben und Leistungen der  
271 öffentlichen Verwaltung im Rahmen der interkommunalen  
272 Zusammenarbeit. Dies ermöglicht eine Kostensenkung,  
273 Effizienzsteigerung sowie eine Bündelung von Wissen.
- Einsatz moderner Kommunikationswege. Dadurch werden die  
275 Entscheidungswege der Verwaltung verdeutlicht und die aktive  
276 Beteiligung der Bürger erleichtert.

277

278 Wir werden auch dafür sorgen, dass die Genehmigungsprozesse  
279 innerhalb der Verwaltung unkomplizierter und pragmatischer ausgeübt  
280 werden.

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

293

294



295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
  
304  
305  
306  
307  
308  
  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
  
323  
  
324  
325  
326  
327  
328

#### **4. Soziales**

Sozialpolitik bedeutet für die Liberalen nicht Verteilungsgerechtigkeit, sondern Chancengleichheit. Dabei fordern wir auch in Lebenskrisen zunächst Eigeninitiative und -verantwortung eines jeden, bevor der Staat zur Hilfe gerufen wird. Wir verwehren jedoch niemandem Hilfe, der aufgrund besonderer Lebensumstände nicht mehr in der Lage ist, seine Probleme selber in den Griff zu bekommen. Dann steht die liberale Bürgergesellschaft an seiner Seite.

Wir wollen die sozialpolitischen Umverteilungsgelder aus Steuermitteln finanzieren. Wir sehen jede zusätzliche Belastung der Sozialversicherungsbeiträge für diese Zwecke kritisch, weil dadurch die Arbeitskosten steigen. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb wird dadurch negativ beeinträchtigt.

Wir fordern bei der Ausgestaltung finanzieller Hilfen durch den Staat mehr Treffsicherheit und Transparenz, denn wir wollen die wirklich Bedürftigen unterstützen. Viele Fördertöpfe fördern nicht die tatsächlich Bedürftigen, sondern diejenigen, die sich im System am besten auskennen. Daher sollten nach Ansicht der Liberalen nicht immer wieder neue Töpfe aufgemacht werden, sondern über eine Zusammenlegung von Förderungen nachgedacht werden. Darüber hinaus kritisieren wir, dass jede neue Förderung auch zu zusätzlichen Verwaltungskosten führt. Die Erfahrungen mit dem in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Bildungs- und Teilhabegesetz sollten abschrecken, wenn fast 50 % des Geldes für die interne Verwaltung aufgewendet wird. Hier kann man mehr von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Jobcenter sprechen. Es ist zwingend darauf zu achten, dass diese Mittel den Zwecken zugute kommen, für die sie gedacht sind.

Die FDP fordert

- Förderprogramme des Landes und des Bundes nur anzunehmen mit der klaren Aussage, dass die damit verbundenen Aufgaben nur fortgeführt werden können, solange diese Förderung gewährt wird. Anschubfinanzierte Aufgaben müssen dringend daraufhin überprüft und bedingt befristet werden.

- 329
- 330
- 331
- 332
- 333
- 334
- 335
- Eine ehrliche Diskussion darüber, welche Gelder und Mittel insgesamt bei Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt werden. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass demjenigen, der seiner Eigenverantwortung gerecht wird, weniger zum Leben verbleibt als anderen. Hierbei sind auch Beiträge zum Beispiel zur Sozialversicherung, Kindergartengebühren und Unterstützungen beim ÖPNV einzubeziehen.
- 336
- 337
- 338
- 339
- 340
- bei Beschlüssen des Kreistages auch zu berücksichtigen, dass auch diese Ausgaben des Kreises über die Kreisumlage die städtischen Haushalte belasten. Sowohl Grundstückseigentümer als auch Mieter zahlen dies dann über die Erhöhung der Grundsteuer oder über eine Reduzierung des Aufgabenangebotes in ihren Gemeinden.
- 341
- 342
- 343
- Auch in diesem Bereich die interkommunale Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Übertragung von Aufgaben vom Kreis auf die Städte und Gemeinden zur Effizienzsteigerung zu überprüfen.
- 344
- 345
- 346
- 347
- 348
- 349
- 350
- 351
- 352
- 353
- 354
- 355
- 356
- 357
- 358
- 359

360 **5. Kultur und Sport**

361  
362 Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz  
363 gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft  
364 und Gesellschaft. Sie ist Quelle von Inspiration und Innovation und damit  
365 Grundlage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kunst und Kultur  
366 stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und  
367 wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

368 Wir setzen uns dafür ein, dass das gute und breit gefächerte kulturelle  
369 Angebot im Kreis Euskirchen erhalten bleibt, und unterstützen Initiativen,  
370 die sich für eine weitere Vermarktung der vorhandenen kulturellen  
371 Angebote einsetzen.

372 Wir fördern die Stadtbibliotheken und die Volkshochschule des Kreises  
373 Euskirchen als bedeutende Bildungszentren für alle Bevölkerungsgruppen.

374 Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft  
375 Perspektivwechsel und bereitet Freude. Er dient der eigenen  
376 Gesundheitsvorsorge, dem Austausch der Kulturen und vermittelt Werte  
377 wie Fairness, Akzeptanz von Regeln und Achtung des sportlichen Gegners.  
378 Wer Sport treibt, hat eine höhere Lebensqualität.

379 Die FDP setzt sich daher für die Bereitstellung, Pflege und Nutzung  
380 vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen ein. Bei der  
381 Planung von Sport- und Freizeitstätten ist die Zusammenarbeit aller  
382 Kommunen notwendig, um eine möglichst hohe Auslastung und ein breit  
383 gefächertes Angebot zu gewährleisten. Die FDP will private Investoren  
384 ermutigen, in Sportstätten zu investieren bzw. neue zu errichten.

385 Wir unterstützen einen pragmatischen und undogmatischen  
386 Denkmalschutz. Denkmalschutz und wirtschaftliche oder touristische  
387 Betätigungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Daher  
388 halten wir es für erforderlich, den Belangen der Kommunen im Bereich des  
389 Denkmalschutzes mehr Gewicht zu geben.

390  
391 Denkmalschutz ist nicht nur unter kulturpolitischen Ansätzen zu sehen.  
392 Gerade denkmalgeschützte Gebäude prägen unsere Ortschaften und

393 tragen zur touristischen Entwicklung unserer Region bei. Wir sprechen uns  
394 für eine breite finanzielle Unterstützung seitens des Staates aus.  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405  
406  
407  
408  
409  
410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418  
419  
420  
421  
422  
423  
424  
425  
426  
427  
428  
429  
430  
431  
432  
433  
434  
435  
436  
437  
438  
439  
440  
441  
442  
443  
444

445

446

## **6. Infrastruktur und Daseinsfürsorge**

447

448

Mit großer Sorge betrachtet die FDP den Zustand und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur im Kreis. Die FDP tritt ein für ein funktionstüchtiges Straßennetz. Konkret erhebt die FDP folgende Forderungen und ist auch bereit, für diesen Bereich öffentliche Gelder einzusetzen:

449

450

451

452

453

- den sofortigen Lückenschluss der A 1 zwischen Blankenheim und Rheinland-Pfalz,

454

455

- den Ausbau der Ortsumgehung Euskirchen-Kuchenheim,

456

- die Ortsumgehung Mechernich-Roggendorf,

457

- den Autobahnzubringer für das Schleidener Tal,

458

- dem Bau eines Autobahnanschlusses in Satzvey,

459

- die Ortsumgehung Weiler in der Ebene,

460

- den Ausbau der L 110 zwischen Neuhaus und Dahlem.

461

Neben diesen infrastrukturell notwendigen Schritten sollte aber auch das Thema „verkehrsberuhigende Maßnahmen“ neu überdacht werden. Wir sind der Überzeugung, dass sich bereits durch kleine Maßnahmen Verkehrsberuhigungen erreichen lassen, die häufig die Wohnortqualität, vor allem auf dem Lande, erheblich verbessern.

462

463

464

465

466

467

Die letzten Jahre haben in vielen Fällen gezeigt, dass Investitionen im Verkehrsbereich häufig zehn Jahre und länger von der Planung bis zur Durchführung benötigen. Um dagegen gezielte Maßnahmen zu ergreifen, fordern wir von Bund und Land ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz.

468

469

470

471

472

Im Öffentlichen Personennahverkehr hat der Fahrplanwechsel 2013/2014 gezeigt, dass seit Jahren geforderte Verbesserungen im Taktverkehr und im Verkehr in den späten Abendstunden und am Wochenende umgesetzt wurden. Daher lassen wir auch nicht nach, weiterhin eine S-Bahn-Verbindung zwischen Kall und Köln einzufordern.

473

474

475

476

477

478

Einen Ausbau und die Inbetriebnahme von vor Jahrzehnten stillgelegten Eisenbahnstrecken wie die Verbindungen von Kall nach Hellenthal oder von

479

480 Euskirchen nach Düren lehnen wir aus Kostengründen ab, da die hierfür  
481 benötigten Finanzmittel an anderer Stelle dringender benötigt werden.

482

483 Was die Straße für den Verkehr, ist das Internet für Daten. Die FDP tritt  
484 dafür ein, dass auch die ländliche Region mit einem leistungsfähigen  
485 Datennetz ausgestattet wird. Ein solches Netz gehört für uns zu den  
486 allgemeinen Daseinsrichtungen. Die Verfügbarkeit von schnellen  
487 Internet-Anschlüssen ist heute ein wichtiger Standortfaktor für die  
488 Ansiedlung von Unternehmen und die Erschließung neuer Wohngebiete.  
489 Wir wollen daher im Kreis die Rahmenbedingungen dafür schaffen, die den  
490 Ausbau hierfür in den bisher schlecht versorgten Regionen vorantreibt.

491

492 Die FDP setzt sich für die Sicherstellung einer flächendeckenden und  
493 wohnortnahen medizinischen Versorgung ein. Hierzu zählen

494

- 495 • die ambulante Versorgung durch Haus- und Fachärzte,
- 496 • die stationäre Versorgung durch regionale Krankenhäuser,
- 497 • eine Notdienstversorgung, die den ländlichen Strukturen  
498 Rechnung trägt und
- 499 • die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen.

500

501 Für den ländlich geprägten Kreis Euskirchen sind in besonderem Maße  
502 Anstrengungen notwendig, um den Zugang zur medizinischen Versorgung  
503 heute und in Zukunft zu gewährleisten.

504

505 Wir fordern daher

506

- 507 • die Forcierung überregionaler Zusammenarbeit hinsichtlich  
508 Bedarfsplanungen für Ärzte und Zuteilungen aus Strukturfonds.  
509 Hierbei sollten die kreisnahen Teile von Rheinland-Pfalz und Belgien  
510 einbezogen werden,
- 511 • eine Stärkung der Krankenhaus-Standorte durch Förderung von  
512 Kooperationen zwischen niedergelassenen Ärzten und  
513 Krankenhäusern,

514

- 515
- 516
- 517
- 518
- 519
- 520
- 521
- 522
- 523
- 524
- 525
- 526
- 527
- 528
- 529
- die Sicherung der häuslichen Versorgung von pflegebedürftigen Menschen durch Unterstützung der freien Träger (Caritas, AWO und andere) sowie der privaten Pflegedienste,
  - eine Förderung der Ausbildung und der sozialen Anerkennung der pflegenden Berufe sowie die Unterstützung pflegender Familienmitglieder und ehrenamtlich engagierter Bürger,
  - kommunale Initiativen für ärztliche Neu-Niederlassungen und Praxisübernahmen in Gebieten mit drohender Unterversorgung,
  - Unterstützung innovativer Kooperationsformen wie Ärzte-Netzwerke oder vernetzte Zweigpraxen als neues Versorgungsmodell für den ländlichen Raum, beispielsweise in Form von Bereitstellung einer Kommunikationsplattform,
  - die langfristige Entwicklung einer Vorstellung des Kreises Euskirchen als „Gesundheitsregion“. Eine solche sehen wir als möglichen zukünftigen Wirtschaftsfaktor.

530

531

532 In zunehmendem Maße werden Ortschaften leider durch das Bild  
533 leerstehender Gebäude geprägt. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir  
534 folgende Prioritäten setzen:

- 535
- 536
- 537
- 538
- 539
- 540
- 541
- 542
- 543
- 544
- Der Innenentwicklung der Orte ist Vorrang einzuräumen vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Hierbei wollen wir Freiräume vorsehen, die die Wohnqualität in den Ortschaften verbessern wird.
  - Die Errichtung oder der Umbau zu altersgerechten und barrierefreien Wohnungen ist zu fördern.
  - Der Bau von und die Umwidmung von Wohn- bzw. Geschäftsraum zu Ferien- oder Wochenendwohnungen sollte positiv begleitet werden.
  - In letzter Konsequenz muss ein Rückbau von Bausubstanz erwogen werden, um ein ansehnliches Ortsbild wiederherzustellen.

545

546

547

548

549

550

551

552

553

554

555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
572  
573  
574  
575  
576  
577  
578  
579  
580  
581  
582  
583  
584  
585  
586  
587  
588  
589

## **7. Energiepolitik**

Wir stehen zu dem Ziel, langfristig von Atomenergie unabhängig zu werden. Die Gefahren bei der Produktion von Strom mit Hilfe der Kerntechnik sind unkalkulierbar; das hat die Katastrophe von Fukushima gezeigt. Aus unserer Sicht werden jedoch seit vielen Jahren in der Energiepolitik wesentliche Fehler gemacht, die die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie gefährden, weil bei der Debatte über das Gelingen der Energiewende Ideologien und die Schnelligkeit des Atomausstiegs über die Vernunft gestellt werden. Energiepreise dürfen nicht zu einer Gefährdung der Existenz von Wirtschaft und privaten Haushalten in der Region führen.

Der ländliche Raum ist aus unserer Sicht wesentlich für ein Gelingen der Energiewende. Hierzu vertreten wir folgende Positionen:

- Der Ausbau und die Erneuerung (Repowering) wettbewerbsfähiger Anlagen für erneuerbare Energien, besonders der Windkraft, muss umweltverträglich erfolgen. Die Wertschöpfung beim Ausbau und Betrieb dieser Anlagen sollte in der Region verbleiben.
- Wir sprechen uns gegen zu kleine Abstandsflächen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung aus und fordern, dass die Städte und Gemeinden auch weiterhin einen Mindestabstand von 1500 Metern beschließen können.
- Biogas- und Windkraftanlagen sollten nur an ausgewählten Standorten errichtet werden dürfen, die eine möglichst geringe Beeinflussung des Landschaftsbildes zur Folge haben. Die Möglichkeit, die Genehmigung zur Errichtung von Windkraftanlagen im Wald zu erteilen, gehört für uns in die Satzungshoheit der Städte und Gemeinden. Diese können die Gegebenheiten vor Ort am besten berücksichtigen.
- Wir stehen den verschiedenen Formen der Energiespeicherung, auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung in der Region, positiv gegenüber. Energiespeicher sollten allerdings in der Nähe der Energieerzeuger angesiedelt werden.



- 590
- 591
- 592
- 593
- 594
- 595
- 596
- 597
- 598
- 599
- 600
- 601
- 602
- 603
- 604
- 605
- 606
- 607
- 608
- 609
- 610
- 611
- Fernnetze helfen, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Netzausbauplanung muss mit den Kommunen unter rechtzeitiger Einbeziehung der Bürger erfolgen, damit ein möglichst hoher Grad an Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen erreicht wird.
  - Für uns ist Energieeinsparung noch immer die beste Form, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern. Auch effizienterer Energieverbrauch gehört dazu. Das kommunale Energiemanagement ist deswegen zu optimieren.
  - Wir stehen für die Partnerschaft von öffentlicher Hand und Privatinvestoren: Für neue Energieanlagen sollen daher Ko-Finanzierungsmodelle zwischen Kommunen und engagierten Bürgern entwickelt werden.
  - Wir unterstützen den regionalen Energieversorger bei seinem Bestreben, auch im Bereich der erneuerbaren Energien neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dazu gehört für uns auch die Einbeziehung von Kraftwärmekopplung.
  - Bei der Erzeugung von Biogas gilt als selbstverständlich, dass Grundwasserbelastungen zu vermeiden sind. Genehmigungs- und Kontrollbehörden von Biogasanlagen sind anzuhalten, dies sicherzustellen.
  - Wir lehnen den weiteren Ausbau von Monokulturen für die Energiegewinnung ab.

612  
613  
614  
615  
616  
617  
618  
619  
620  
621  
622  
623  
624  
625  
626  
627  
628  
629  
630  
631  
632

633  
634  
635  
636  
637  
638  
639  
640  
641  
642  
643  
644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669

## **8. Land- und Forstwirtschaft**

Die FDP hat das Leitbild einer von mittelständischen Unternehmen geprägten Land- und Forstwirtschaft. Diese braucht verlässliche und planbare Rahmenbedingungen. Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss sich stärker an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit orientieren. Wir treten ein für die Stärkung der Eigenverantwortung statt der Bevormundung von Land- und Forstwirten, für weniger Bürokratie statt immer neuer Auflagen, für Marktöffnung statt Abschottung und für Fachlichkeit statt Ideologie.

Für uns gewinnt mit der Stärkung der Land- und Forstwirtschaft auch der ländliche Raum an Attraktivität. Land- und Forstwirtschaft sorgen für eine regionale Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen.

EU, Bund und Länder müssen den Strukturwandel in der Landwirtschaft durch Hilfsprogramme sozialverträglich gestalten. Wir wollen die Wertschöpfung aus der Landwirtschaft erhöhen und die Entwicklung innovativer Produkte fördern. Unternehmerische Aktivitäten in der Direktvermarktung stärken Naherholung und Tourismus und dienen der Nutzung und dem Ausbau nachwachsender Rohstoffe.

Die Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Flächen muss künftig auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Städte und Gemeinden sind hier gefordert, dies in der örtlichen Bauleitplanung nach Möglichkeit umzusetzen. Die für die Eingriffe in die Umwelt erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzflächen sollten in größerem Umkreis bereitgestellt werden dürfen. Eine Kompensation muss auch durch Zahlung von Ersatzgeldern möglich sein. Die so gesammelten Gelder dürfen jedoch nur für naturschutzfachliche Belange eingesetzt werden.

Wir sind auch für eine Förderung der Holzwirtschaft als Lieferant für Rohstoffe und zur Nutzung als Biomasse unter Beachtung einer standortgerechten Baumartenauswahl.

Die Wirtschaftlichkeit der Waldwirtschaft muss erhalten bleiben. Ständig neuen Nutzungsbeschränkungen in diesem Bereich muss daher aus

670 unserer Sicht Einhaltung geboten werden. Bereits heute unterliegen 2/3 des  
671 Waldes schon einer Nutzungsbeschränkung. Neben der Erholungsfunktion  
672 muss der Wald auch die Funktion als Wirtschaftswald weiter erfüllen  
673 können.